

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 5 (1913)
Heft: 9

Rubrik: Internationale Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Achte internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen und Konferenz der internationalen Berufssekretäre

am 16., 17. und 18. September 1913 in Zürich.

Die Konferenz trat am 16. September, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus in Zürich zusammen. *Huggler*, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, begrüßte die erschienenen Delegierten und Gäste im Namen der Schweizer Gewerkschaften. Es nahmen folgende Delegierte als Vertreter der betreffenden Landeszentralen an der Konferenz teil:

England: W. A. Appleton, London; James O'Grady, London. *Frankreich*: L. Jouhau, Paris; Dumoulin, Paris. *Belgien*: C. Maertens, Brüssel. *Holland*: J. Oudegeest, Amsterdam. *Dänemark*: Carl F. Madsen, Kopenhagen. *Schweden*: Ernst Söderberg, Stockholm. *Norwegen*: Ole O. Lian, Kristiania. *Finnland*: O. Tokoi, Helsingfors. *Deutschland*: Carl Legien, Berlin; Johann Sassenbach, Berlin. *Oesterreich*: Anton Hueber, Wien; Franz Nader, Wien. *Bosnien-Herzegowina*: F. Rauscher, Sarajewo. *Ungarn*: S. Jaszai, Budapest. *Kroatien*: Bukseg, Agram. *Schweiz*: A. Huggler, Bern; Rob. Kolb, Zürich. *Italien*: D'Aragno, Mailand; Quaglino, Turin. *Spanien*: Vicente Barrio, Madrid. *Vereinigte Staaten*: George W. Perkins, Chicago, Illinois. Serbien, Bulgarien und Rumänien haben infolge der Kriegswirren keine Vertretung entsenden können. Das Parlamentarische Komitee des englischen Gewerkschaftskongresses hat seinen Sekretär Bowermann als Gast zu der Konferenz entsandt.

Zum erstenmal waren die Vertreter der Internationalen Berufssekretariate als Gäste auf der Konferenz anwesend, und zwar: *Arbeiter öffentlicher Betriebe*: A. Mohs, Berlin. *Bäcker*: O. Allmann, Hamburg. *Bauarbeiter*: Fr. Paepow, Hamburg. *Bergarbeiter*: Otto Hue, Essen; Smillie, Manchester. *Brauereiarbeiter*: M. Etzel, Berlin. *Buchbinder*: E. Kloth, Berlin. *Buchdrucker*: P. Stautner, Stuttgart. *Friseurgehilfen*: F. Etkorn, Berlin. *Glasarbeiter*: E. Girbig, Berlin. *Handlungsgehilfen*: Fimmen, Amsterdam. *Holzarbeiter*: Th. Leipart, Berlin. *Hutarbeiter*: A. Metzschke, Altenburg (S.-A.). *Keramische Arbeiter*: G. Wollmann, Charlottenburg. *Lithographen, Steindrucker* usw.: O. Sillier, Berlin. *Maler*: A. Tobler, Hamburg. *Metallarbeiter*: A. Schlicke, Stuttgart. *Sattler*: J. Sassenbach, Berlin. *Schuhmacher und Lederarbeiter*: J. Simon, Nürnberg. *Steinarbeiter*: R. Kolb, Zürich. *Steinsetzer*: A. Knoll, Berlin. *Tabakarbeiter*: Deichmann, Bremen. *Textilarbeiter*: T. Shaw, Manchester. *Transportarbeiter*: H. Jochade, Berlin. *Töpfer*: A. Drunsel, Berlin. *Zimmerer*: F. Schrader, Hamburg.

Die Uebersetzung wurde wie bisher in der Weise gemacht, dass die längeren Reden öffentlich in deutsch, englisch und französisch übersetzt werden, während die kurzen Voten von den betreffenden Uebersetzern gleichzeitig den bei ihnen sitzenden Delegierten in ihrer Sprache mitgeteilt werden.

Zum Bericht des internationalen Sekretärs gab *Legien* einige Ergänzungen des vorliegenden schriftlichen Berichtes. In der Diskussion darüber kam *Bukseg*-Kroatien auf die Verhältnisse in Bulgarien und Serbien zu sprechen. Er teilte mit, dass durch die Kriegsverhältnisse die eine Organisation in Bulgarien, die «Weit-herzigen», gänzlich vernichtet wurde und so in Wirklichkeit nur noch eine Organisation besteht. Es müsse nun versucht werden, diese Organisation wieder lebensfähig zu machen. *Hueber*-Oesterreich war dagegen der Meinung, dass in Bulgarien nichts unternommen werden

könne, bevor nicht eine offizielle Einigung der beiden Richtungen herbeigeführt sei. Er schlug vor, dass *Legien* gemeinsam mit den Delegierten von Bosnien-Herzegowina und Kroatien nach Serbien und Bulgarien reist, um die Verhältnisse zu untersuchen und so die Möglichkeit zu schaffen, die zur Verfügung gestellten Mittel zweckentsprechend zu verwenden. *Legien* wies darauf hin, dass in den Balkanstaaten dem Kriege die Cholera gefolgt ist, und dass es heute wegen zu befürchtender Quarantäne kaum möglich sein wird, eine Kommission nach dort zu entsenden. *Hueber* schlug darauf vor, im Herbst gelegentlich des österreichischen Gewerkschaftskongresses eine Zusammenkunft von Balkanvertretern in Wien zu veranstalten, an der *Legien* teilnehmen kann. Dort könnte eine Vereinbarung versucht werden. Ohne besondere Abstimmung war die Konferenz mit dieser Regelung einverstanden.

In der Nachmittagssitzung kam *Oudegeest*-Holland zunächst auf die schwache Beteiligung von Amerika, England und Frankreich bei internationalen Hilfsaktionen zu sprechen; er führte dabei als besonderes Beispiel die Unterstützungsaktion für die holländischen Tabakarbeiter an. Hierzu gaben die Vertreter der genannten Länder Erklärungen ab, entweder dass sie ihre Pflicht erfüllt haben oder durch ausserordentliche Ereignisse daran verhindert wurden.

Der Bericht des internationalen Sekretärs wurde einstimmig gutgeheissen.

Es wurde dann beschlossen, künftig einen Bericht des internationalen Sekretärs für die ganze Berichtsperiode und nicht nur wie bisher für die einzelnen Jahre auszugeben.

Auf Anregung von *Oudegeest* wurde beschlossen, dass bei internationalen Veranstaltungen, wie Heimarbeitkongressen, Arbeiterschuttkongressen usw. das Internationale Sekretariat dazu Stellung nimmt und den angeschlossenen Landeszentralen seine Ansicht mitteilt.

Die von Leipart (internationale Holzarbeiter) angeregte Frage der Berechtigung der internationalen Sekretäre zur Veranstaltung von Hilfsaktionen innerhalb ihres Berufes wurde bejaht.

Damit war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Im Punkt 2: *Beratung und Beschlussfassung über die das Internationale Sekretariat betreffenden Anträge*, kam zunächst folgender Antrag Rumäniens zur Verhandlung:

«Den internationalen Berufsverbänden können nur solche Gewerkschaften angehören, welche der in Frage kommenden Landeszentrale angeschlossen sind.»

Legien wies darauf hin, dass bereits auf der Konferenz von Kristiania der Wunsch ausgesprochen wurde, dass die Gewerkschaften eines Landes der betreffenden Landeszentrale beitreten; darüber hinaus zu gehen würde nicht gut möglich sein, da die Verhältnisse in den einzelnen Ländern dem widersprechen. *Hue* wies darauf hin, dass mit einem solchen Beschluss das Internationale Sekretariat der Bergarbeiter gesprengt wäre, da leider die Bergarbeiter Englands und auch teilweise die Bergarbeiter Belgiens ihrer Landeszentrale nicht angehören. Auch die Metallarbeiter und Textilarbeiter würden unter dem Beschlusse leiden. Dasselbe tat *Stautner* im Namen der Buchdrucker und *Fimmen* im Namen der Handlungsgehilfen.

Oudegeest fragte an, ob der Beschluss der Kristianer Konferenz den internationalen Berufssekretären Veranlassung gegeben habe, auf den Anschluss ihnen angehörender Organisationen an die zuständige Landeszentrale hinzuwirken.

Jouhau sprach zugunsten des rumänischen Antrages. *Appleton* war im Prinzip für den Antrag, hielt ihn aber vorläufig nicht für durchführbar, besonders nicht

in England. *Bukseg* wünschte einen Unterschied zwischen alten und neuen Organisationen zu machen. *Maertens* war für den Antrag, ebenfalls *D'Aragona*, der auf die verwirrten Verhältnisse in Italien hinwies. *Hue* erklärte den Antrag für undurchführbar. *Hueber* war auf Grund der Ausführungen der internationalen Berufssekretäre gegen den Antrag; wir würden zerstörend wirken, wenn wir ihn annähmen. Er beantragte, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen mit Berufung auf den Beschluss von Kristiania. Der Antrag von *Hueber* wurde angenommen.

Legien teilte mit, dass von den « Weitherzigen » in Bulgarien ein Delegierter entsandt worden sei; es wird beschlossen, denselben nur als Gast an der Konferenz teilnehmen zu lassen.

Dann beschäftigte sich die Konferenz mit einem anderen Antrage Rumäniens: « Ausländische Arbeiter haben ihre Beiträge in dem Lande zu entrichten, in dem sie sich befinden. » *Legien* erklärte hierzu, dass die Resolution eigentlich etwas Selbstverständliches enthalte, dass aber in der Praxis ab und zu Schwierigkeiten entstünden. Man möge die Resolution unter diesem Vorbehalt annehmen. Die Konferenz war damit einverstanden.

Das Internationale Sekretariat hat folgenden Antrag gestellt:

« Die internationale Gewerkschaftskorrespondenz ist in englischer, französischer und deutscher Sprache wie bisher herauszugeben. Zur Deckung der Unkosten für diese Einrichtung sind die Beiträge für das Internationale Sekretariat auf 4 Mark pro 1000 Mitglieder der angeschlossenen Organisationen und pro Jahr zu erhöhen. »

Legien wies darauf hin, dass die Begründung der internationalen Korrespondenz bereits auf der Pariser Konferenz verlangt wurde. Es sei zunächst wegen Mangel an Personen und Mitteln nicht möglich gewesen, der Anregung zu folgen. Erst in der letzten Zeit habe sich das Sekretariat zur Herausgabe einer Korrespondenz in deutscher und englischer Sprache entschlossen. Die Korrespondenz müsse nun auch noch in französischer Sprache herausgegeben werden, und schon jetzt reichten die bisherigen Beiträge nicht aus. Im allgemeinen glaube *Legien*, dass die Korrespondenz einem dringenden Bedürfnis entspricht.

Der Antrag des Internationalen Sekretariats wurde einstimmig angenommen.

Zur Beratung gelangte dann ein Antrag von *Appleton*, der verlangt, dass in Zukunft die Delegation zu Gewerkschaftskongressen der einzelnen Länder durch das Internationale Sekretariat erfolgt, so dass die einzelnen Länder nicht mehr genötigt sind, eine Vertretung zu entsenden. *Sassenbach* unterstützte die Ausführungen von *Appleton*; *Legien* war nicht dagegen, wünscht aber erst Berechnungen anzustellen, ehe dem Internationalen Sekretariat eine solche Aufgabe gestellt wird. Derselben Ansicht war *Perkins*, der meinte, die Kosten könnten eventuell von dem Lande getragen werden, in dem der Kongress stattfindet. *O'Grady* hielt dieses für bedenklich. Der Antrag wurde in der Weise angenommen, dass die Kosten vom Internationalen Sekretariat getragen werden, dass aber der Ansicht *Legiens* entsprechend das Internationale Sekretariat erst Berechnungen anstellen und diese den Landeszentralen unterbreiten soll.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: *Veranstaltung internationaler Kongresse der Arbeiter* wurde mit einer kurzen Rede von *Jouhau* eröffnet, in der er auf seine auf früheren Kongressen gemachten Ausführungen hinwies. *Hueber* glaubte, dass man diesen Punkt der Tagesordnung erledigen könne, indem man die Ausführungen von *Jouhau* zur Kenntnis nimmt. *Legien* bat, den Antrag abzulehnen aus den Gründen heraus, die er früher

bei Beratung desselben Antrages vorgebracht hat. Die Abstimmung wurde zurückgestellt bis nach Beratung des Punktes 4: *Internationale Föderation der Gewerkschaften*. Hierzu beantragte *Perkins* zunächst, den Namen « Internationaler Sekretär » in « Internationaler Gewerkschafts-Bund » umzuändern. Der Antragsteller begründet den Antrag damit, dass man in den englisch sprechenden Ländern den Namen « Internationaler Sekretär » nicht verstehen könne. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die amerikanische Landeskommission hat zu diesem Punkte folgenden Antrag gestellt:

« Die internationale Konferenz empfiehlt den Gewerkschaftszentralen aller Länder das Studium der Frage der Errichtung einer « Internationalen Arbeitsföderation », wobei die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung jeden Landes bestimmt und garantiert bleibt. Der Zweck der Föderation würde sein der Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen der Lohnarbeiter aller Länder und die Schaffung internationaler Brüderlichkeit und Solidarität. »

Perkins beantragte dazu, dass der internationale Sekretär eine Kommission zum Studium dieser Frage einsetzt, um einer der nächsten Konferenzen eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. *Hueber* war heute ebensowenig wie früher imstande, zu verstehen, was die Amerikaner eigentlich wollen. Der Antrag sei so allgemein gehalten, dass man kaum dazu Stellung nehmen könnte. Wenn der amerikanische Vertreter nicht eine genauere Erklärung der mit dem Antrag verbundenen Absichten geben kann, so bleibe nichts übrig, als über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. *Perkins* begründete nunmehr in ausführlicher Weise seinen Antrag, wobei er sich auf einen so scharf ausgesprochenen internationalen Standpunkt stellt, wie man ihn bisher in den Beziehungen zwischen Europa und Amerika noch nicht praktisch kennen gelernt hat. *Oudegeest* hielt den amerikanischen Antrag für verfrüht. *Hueber* hielt einen systematischen Weiterbau der jetzigen Einrichtungen für das allein Wünschenswerte. *Perkins* zog den Antrag unter der Voraussetzung zurück, dass er auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz komme, und dass *Legien* eine Studienkommission einsetze. *Legien* hielt die Studienkommission für überflüssig; man könne statt dessen bis zur nächsten Konferenz die Meinung der einzelnen Landeszentralen einholen. *Perkins* war mit dem Vorschlage *Legiens* einverstanden; damit war dieser Punkt erledigt. Der französische Antrag auf Veranstaltung internationaler Kongresse soll in derselben Weise erledigt werden.

Auf Wunsch von *Jouhau* wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Verfolgungen der französischen Gewerkschaften durch die Regierung richtet.

Zu Punkt 5: *Massregeln zur Abschaffung der Nachtarbeit und zur Einführung des gesetzlichen Achtstundentages*, lag folgender Antrag Schwedens vor:

« Die Konferenz ersucht dringend die Arbeitervertreter der Parlamente der verschiedenen Länder, dass sie, wo es nicht schon geschehen ist, demnächst Anträge einbringen, resp. erneuern auf Verbot der Nachtarbeit für diejenigen Arbeiterkategorien und Industriezweige, in denen nicht dringende Umstände dieselbe notwendig machen, und gleichfalls Anträge einbringen auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages. »

Um einen Ueberblick über die Behandlung dieser Fragen in den gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen Länder zu gewinnen, werden die Vorstände der angeschlossenen Landesorganisationen der verschiedenen Länder aufgefordert, in ihren Jahresberichten an das Internationale Sekretariat Mitteilungen über die Behandlung dieser Anträge und über den Verlauf der

Verhandlungen in den verschiedenen Ländern zu liefern.»

Der Antrag wurde von *Söderberg* begründet. Der Antrag sei bereits auf einer früheren Konferenz behandelt worden. In Schweden habe man auf diesem Gebiete Fortschritte gemacht; nunmehr erklären aber die bürgerlichen Kreise, dass nur dann weitergegangen werden kann, wenn auch in anderen Ländern entsprechende Schritte unternommen werden. *D'Aragona* glaubte nicht, dass es in Italien in der nächsten Zeit möglich sein wird, auf diesem Gebiete etwas zu leisten. *Bowermann* teilte mit, was in den letzten Jahren in England getan worden ist. Der Antrag Schwedens wurde angenommen.

Als 6. Punkt lag ein Antrag von Belgien auf *Gründung von Informationsbureaus in allen Ländern und ihre internationale Organisation* vor. *Maertens* wies auf die Notwendigkeit hin, gute und zutreffende Informationen auf allen die Arbeiterschaft interessierenden Gebieten aus allen Ländern erhalten zu können. *Legien* hielt die Anregung für beachtenswert, vermisst aber eine genaue Angabe, wie man die Sache einrichten soll. Die deutsche Generalkommission hat sich bereits in ihrer Sozialpolitischen Abteilung etwas Ähnliches geschaffen, das vielleicht von anderen Landeszentralen übernommen werden kann. *Hueber* betrachtete die Angelegenheit als eine Finanzfrage, die nicht einheitlich gelöst werden kann; auch in Oesterreich ist man dazu übergegangen, eine Sozialpolitische Abteilung zu schaffen. Im übrigen haben Auskünfte über finanzielle und wirtschaftliche Zustände im Auslande auf die Unternehmer bei Lohnstreitigkeiten wenig Einfluss. Soweit Informationen nötig sind, müssen sie von den Landeszentralen gegeben werden. *Maertens* ist damit einverstanden, dass der belgische Antrag im Prinzip als berechtigt anerkannt wird, ohne ihn sofort zur Ausführung zu bringen. *Oudegeest* schlug vor, den Antrag für die nächste Konferenz zurückzustellen und die Belgier zu ersuchen, bis dahin genau mitzuteilen, wie sie sich die Ausführung denken. *Jouhaux* wies auf die Einwanderung der Ausländer in Frankreich und auf die den Einwanderern drohenden Gefahren hin und bat, dass die Informationsbureaus auch solche Mitteilungen weitergeben. Der Kongress nahm den Antrag von *Maertens* an, dass die Sache zurückgestellt und bis zur nächsten Konferenz Material gesammelt wird.

Punkt 7 der Tagesordnung lautete: *Untersuchungen darüber, welche Massnahmen zu treffen sind, um der Manifestation des 1. Mai ihren wirtschaftlichen und internationalen Charakter zu geben.* *Jouhaux* begründete kurz den Antrag. *Sassenbach* bat, die Angelegenheit den einzelnen Ländern zu überlassen. *Jouhaux* erklärte sich damit einverstanden.

Es wurde beschlossen, die Beitragserhöhung mit dem 1. Juli 1913 in Kraft treten zu lassen.

Legien wurde einstimmig als Sekretär wiedergewählt.

Legien schlug vor, nunmehr die auf der Tagesordnung der Konferenz der internationalen Berufssekretäre stehende Frage zu behandeln: «*Was können die nationalen Landessekretäre tun, um den Anschluss der Gewerkschaften an die internationalen Berufssekretariate zu bewirken*». Dem wurde zugestimmt. *Kloth* wies auf die Schwierigkeiten hin, die den in Amerika zureisenden Gewerkschaftsmitgliedern gemacht werden und führte auch Fälle aus andern Ländern an. Er hat den Wunsch, dass die Landeszentralen dafür sorgen, dass die einzelnen Berufsverbände ihren betreffenden Internationalen Sekretariaten beitreten. *Jochade* hat bisher bei allen Landeszentralen das grösste Entgegenkommen gefunden; vielfach sei aber der Einfluss einer Landeszentrale auf die angeschlossenen Gewerkschaften kein allzu grosser. *Shaw* hielt eine bessere

Verbindung der internationalen Berufssekretäre mit dem Internationalen Sekretariat für nötig; ferner sei durch Errichtung eines zentralen Uebersetzungsbureaus die Möglichkeit korrekter Uebersetzungen zu geben. *Baummeister* gab Aufklärung darüber, wie in Zukunft die Uebersetzungsarbeiten des Internationalen Sekretariats erledigt werden sollen. *Appleton* will, wenn sich internationale Berufssekretäre an ihn wenden, sein Bestes tun, um den Anschluss von Organisationen herbeizuführen. *Perkins* gab eine Darstellung der amerikanischen Verhältnisse. Es sprachen noch verschiedene Redner zu dieser Angelegenheit. *Legien* fasste in seinem Schlusswort die gemachten Ausführungen zusammen und glaubte, dass die Aussprache einen guten Einfluss haben wird.

Als letzter Punkt der Tagesordnung kam die Festlegung des Ortes der nächsten Konferenz. Bereits auf der Budapester Konferenz hatte der damalige amerikanische Vertreter die Einladung überbracht, die Konferenz des Jahres 1915 in San Francisco (Nordamerika) abzuhalten. Diese Einladung wurde von *Perkins* im Auftrage der amerikanischen Gewerkschaften wiederholt. Es soll dadurch den europäischen Delegierten die Möglichkeit gegeben werden, die amerikanischen Arbeiterverhältnisse kennen zu lernen und auch in Amerika unter ihren Landesangehörigen zu wirken. Die Kosten würden nicht so hoch sein, als man vielfach annehme. Sie betragen ungefähr 1600 Mark pro Person und erlauben einen sechswöchigen Aufenthalt in Amerika.

Legien betrachtete als Voraussetzung der Annahme der Einladung, dass es wie bisher eine wirkliche internationale Konferenz werde, an der alle angeschlossenen Länder teilnehmen. Für manche Länder seien aber zweifellos die Delegationskosten zu hoch, und es müssten daher die Kosten für einen Delegierten pro angeschlossene Landeszentrale gemeinsam getragen werden. Dieses würde ungefähr 4 Mark pro tausend Mitglieder ausmachen. Die deutsche und die amerikanische Generalkommission haben sich bereits bereit erklärt, diese Kosten zu übernehmen. Unter der Voraussetzung, dass eine wirkliche internationale Konferenz zustande kommt, war *Legien* für Annahme der Einladung.

Oudegeest hatte Bedenken gegen die Annahme der Einladung und bat, die nächste Konferenz 1916 in Amsterdam abzuhalten. *Maertens* hatte den Auftrag, die Konferenz nach Brüssel einzuladen. *Hueber* teilte mit, dass die österreichische Generalkommission der Meinung ist, dass einmal die Notwendigkeit kommen kann, nach Amerika zu gehen, um die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen. Jetzt sei die Sache noch verfrüht. Im übrigen ist er mit *Legien* derselben Ansicht, dass es sich nicht um eine Rumpfkonzferenz handeln darf, dass also eventuell alle Länder vertreten sein müssen. Der Vorschlag Hollands ist ihm sympathisch, die nächste Konferenz erst in drei Jahren abzuhalten.

Legien ging nochmals auf die Gründe ein, die für eine Annahme der Einladung sprechen. Er wolle nicht bestreiten, dass es vielleicht besser gewesen sei, wenn die Einladung später gekommen wäre. Sie liege aber jetzt vor und es sei zu bedenken, dass zur selben Zeit in San Francisco der amerikanische Gewerkschaftskongress und auch die einzelnen Berufskongresse stattfinden. Dadurch sei die beste Möglichkeit gegeben, mit allen amerikanischen Organisationen in persönliche Berührung zu kommen, wodurch mehr erreicht werden könne, als durch eine Reihe von Briefen. Auch aus Gründen der Repräsentation gegenüber anderen Bevölkerungsschichten dürfte die internationale Gewerkschaftsbewegung in San Francisco nicht fehlen. *Lian* sprach für Annahme der Einladung. *Jouhaux* war dagegen. Es wurde nach Ländern abgestimmt.

Es stimmten für Annahme der Einladung: England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland,

Schweiz, Italien, Spanien, Amerika. Die Einladung war dadurch mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen. *Legien* stellte fest, dass damit auch der Antrag angenommen sei, die Kosten für einen Vertreter pro Landesorganisation auf die Allgemeinheit zu übernehmen. Er bat ferner die Länder, die dagegen gestimmt haben, nochmals in ihrer leitenden Körperschaft dazu Stellung zu nehmen.

Hierauf schloss der Vorsitzende *Huggler* die Konferenz, indem er den Teilnehmern gegenüber Dank und Glückwünsche aussprach.

Im Anschluss an die Konferenz der Landessekretäre fand die **1. Konferenz der internationalen Berufssekretäre** statt. An derselben nahmen die im vorstehenden Bericht genannten Personen teil, diesmal die Landessekretäre als Gäste. Da der eine Tagesordnungspunkt bereits auf der Konferenz der Landessekretäre behandelt worden war, standen nur noch die Punkte: *Vereinheitlichung der Berichterstattung und Vereinheitlichung der internationalen Gewerkschaftsstatistik* zur Beratung.

Nach einem einleitenden Referat von *Baumeister* (Internationales Sekretariat) wurde von allen Seiten die Notwendigkeit einer besseren Berichterstattung betont und eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben. Von den Bergarbeitern wurde besonders eine regelmässige Berichterstattung über den Stand des Arbeitsmarktes in allen Ländern gefordert. Eine längere Debatte entspann sich über ein statistisches Formular, das eine einheitliche Statistik aller Verbände ermöglichen soll. Die meisten Redner waren der Meinung, dass das vorgelegte Formular, das schon in der Transportarbeiter-Internationale Verwendung findet, zu umfangreich sei. Man einigte sich schliesslich dahin, eine statistische Kommission, bestehend aus den Genossen Jochade, Leipart und Sassenbach-Berlin, zu beauftragen, in Verbindung mit dem Internationalen Bureau ein einheitliches Formular für alle Berufssekretariate herzustellen. Der Vorsitzende *Schlicke* stellte dann fest, dass in Anbetracht des Nutzens, den eine gemeinsame Arbeit der Landeszentralen mit den Internationalen Berufssekretariaten bringen muss, die Berufssekretäre wünschen, auch zu den zukünftigen Konferenzen der Landeszentralen eingeladen zu werden. Zwar sei der Besuch der Konferenz in San Francisco mit grossen Schwierigkeiten verbunden, doch hoffe er, dass diese überwunden werden können. Nach einer Schlussrede des Vorsitzenden wurde die Konferenz geschlossen.

Eine internationale Konferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter

fand vom 23. bis 25. September in Zürich statt. Vertreten waren neben der Schweiz Deutschland, Böhmen, Frankreich, Dänemark, Holland, Schweden, Norwegen, Belgien, Luxemburg und England mit insgesamt 30 Delegierten. Greulich-Zürich und Wutzky-Berlin präsidierten. Die Verbände der einzelnen Länder unterhalten in Berlin ein Internationales Sekretariat, welches Albin Mohs, der Vorsitzende des deutschen Verbandes, nebenamtlich verwaltet. Nach seinem Bericht waren dieser Internationale im letzten Jahre 75,000 Arbeiter angeschlossen, wovon auf Deutschland 53,000 entfallen, auf die Schweiz 3000, Belgien 3100, Böhmen 1600, Dänemark 5600, Holland 5500, Schweden 2000 und Luxemburg 98. Die Zahl der Mitglieder ist 1912 um rund 12,000 gestiegen. Leider sind auch in gelben, christlichen und andern Streikbrecher-Organisationen noch 6500 Gemeindearbeiter organisiert.

Eine grosse Freude bereiteten die Engländer der Konferenz, indem sie gleich zu Beginn durch Tevenan und Macdonald-London erklären liessen, dass sie von nun an ihre Abstinenz aufgeben und sich ebenfalls der Internationale anschliessen wollten. Damit gewinnt die Verbindung weitere 26,000 Mitglieder, so dass ihr nunmehr

102,000 Arbeiter öffentlicher Betriebe angehören. Es wurde beschlossen, die Beiträge an die Internationale von 3 auf 5 Rp. pro Mitglied zu erhöhen, damit die Organisation mehr als bisher in der Lage ist, internationale Arbeit zu leisten. Für die Errichtung eines ständigen Sekretariats sei die Zeit noch zu früh, zumal die Franzosen noch nicht angeschlossen sind und in Oesterreich die Organisation der Gemeindearbeiter erst begonnen hat. Beschlossen wurde ferner, dass der internationale Sekretär möglichst alle nationalen Kongresse besuchen soll, um die Verhältnisse kennen zu lernen und die Verbindungen zu erweitern. (So fehlen z. B. noch die zahlreichen französischen Arsenalarbeiter, die Zürcher Gemeindearbeiter u. a. m.) Künftig soll auch die Berichterstattung der einzelnen Verbände an das Sekretariat eine bessere werden, damit die Uebersicht über die Verhältnisse im Auslande eine bessere werde. Ein Antrag Belgien, ein internationales Bulletin herauszugeben, musste diesmal noch abgelehnt werden, weil die Mittel fehlen.

Die böhmische Sektion ist eine separatistische, weshalb die Konferenz die Stellung zu ihr präzisieren wollte. Auf Vorschlag des Sekretärs wurde das jedoch vertagt, nachdem auch der Vertreter der Tschechen, Ksandr-Prag erklärt hatte, dass sie auf dem Boden des Klassenkampfes ständen, dass sie gern der Internationale beigetreten seien und bereit wären, in allen Lohnkämpfen etc. mit den deutschen Kollegen gemeinsam vorzugehen.

Der wichtigste Teil der Verhandlungen betraf die Debatte über das *Koalitionsrecht und Streikrecht der Gemeinde- und Staatsarbeiter*. Nach einem Referat des Verbandsredakteurs Dittmer-Berlin erklärten sämtliche Redner aus allen angeschlossenen Ländern, dass ein Koalitionsrecht ohne Streikrecht für sie völlig wertlos sei und dass man sich allen reaktionären Versuchen gegenüber, das Streikrecht zu inhibieren oder zu verkürzen, energisch widersetzen müsse. Man fordere keine Sonderrechte, aber man müsse verlangen, zum mindesten mit den Arbeitern der Privatbetriebe gleichgestellt zu werden. Eine Resolution, die ganz energisch gegen jede Einschränkung des Streikrechts der Staats- und Gemeindearbeiter protestiert und den Verbänden empfiehlt, sich bei jedem Angriff der Reaktion auf ihre Rechte gegenseitig materiell zu unterstützen sowie alles zu tun, damit die Indifferenten sich den modernen Gewerkschaften anschliessen, wurde einstimmig angenommen. Betont wurde ferner von allen Rednern (ausser den französischen) dass es Pflicht der städtischen und staatlichen Arbeiter sei, sich *politisch zu organisieren* und zu betätigen. Es habe sich gezeigt, dass die Erfolge der Arbeiter da am grössten seien, wo die Zahl der Arbeitervertreter in den Parlamenten die grösste sei. Um den Forderungen der Arbeiter den nötigen Nachdruck zu verleihen, müsse man für ständige Vermehrung der sozialdemokratischen Stadt- und Staatsvertreter sorgen. Die Skandinavier und Engländer erklärten, dass das bei ihnen längst zur Selbstverständlichkeit geworden sei. Es sei schlimm genug, dass einstweilen die Verwaltungen noch die Macht hätten, bei Lohnkämpfen das von den Arbeitern bezahlte Heer der Polizisten und Soldaten gegen die Arbeiter zu senden und die städtischen Arbeiter zu Streikbrecherdiensten abzukommandieren. Das werde aufhören, wenn die Macht der Arbeitervertreter in den Parlamenten eine grössere geworden.

Ein Antrag der Franzosen, Stellung zu nehmen gegen Krieg und Militarismus wird dem Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel überwiesen, nachdem der Präsident erklärt hatte, dass ganz selbstverständlich die Internationale der Gemeindearbeiter einzig sei im Abscheu gegen Krieg und Militarismus. — Hierauf wurde als Sitz des Sekretärs wieder Berlin und als nächster Kongressort London bestimmt.

VIII. Internationaler Transportarbeiterkongress.

London, 26.—30. August 1913.

In der Caxton Hall, dem ehemaligen Stadthaus von Westminster, traten am 26. August die Delegierten der internationalen föderierten Transport- und Verkehrsarbeiter zum Kongress zusammen. 1897 in London gegründet, hat die Internationale Transportarbeiter-Föderation im Verlaufe von 15 Jahren eine äusserst günstige Entwicklung durchgemacht, ihr sind zurzeit in 18 Ländern 50 Organisationen mit zusammen 881,950 Mitgliedern angeschlossen. Am 1. Juni 1910 gehörten der I. T. F. in 16 Ländern 42 Organisationen mit 467,918 Mitgliedern an, die Zahl der letzteren hat sich also während der letzten drei Jahre fast verdoppelt. Nach einer vom Internationalen Sekretär versuchsweise zusammengestellten Uebersicht sind die Berufsgruppen in der I. T. F. mit folgenden Mitgliederzahlen vertreten:

	1910	1913
Eisenbahner	266,516	378,188
Strassenbahner, Fuhrleute und Transportarbeiter	89,016	241,006
Hafenarbeiter, Binnenschiffer u. Flösser	84,536	169,883
Seeleute	27,850	92,873

Der Kongress hatte neben der Erörterung der wichtigen Fragen betreffend die rechtliche Stellung der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsbetrieben und Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten insbesondere auch Stellung zu nehmen zu der Frage des weiteren Ausbaues der I. T. F., diese in Anbetracht des immer straffer international sich organisierenden Unternehmertums kampffähiger und schlagfertiger zu gestalten. Zwar war es nicht die Absicht des Zentralrates, die Frage nach der Organisationsform auf diesem Kongress zur Erörterung zu bringen, denn darüber haben auf dem 7. Internationalen Transportarbeiterkongress 1910 in Kopenhagen eingehende Verhandlungen stattgefunden. Die Leitung der I. T. F. hat besonderen Wert darauf gelegt, dass in den einzelnen Ländern die Zentralisation der Berufsorganisationen nach Möglichkeit gefördert würde. Der Kopenhagener Kongress hatte sich auf diesen Standpunkt gestellt und dem Zentralrat nach dieser Richtung bestimmte Aufträge erteilt. In dem an den Kongress erstatteten Tätigkeitsbericht wurde nur darauf hingewiesen, dass, abgesehen von den sonstigen Erfolgen, die Bemühungen des Zentralrates in dieser Beziehung von wesentlichem Erfolg nicht waren. In Grossbritannien haben sich die Organisationen der Eisenbahner zu einer vereinigt, auch die Transportarbeiter sind auf dem Wege zur Zentralisation fortgeschritten, und in Italien, Argentinien, Norwegen, Dänemark und Finnland sind die zentralistischen Bestrebungen mit einigem Erfolg durchgesetzt worden. Dagegen war es dem Zentralrat trotz aller erdenklichen Mühe nicht möglich, die beiden Organisationsrichtungen der Hafenarbeiter und Seeleute in Holland zu vereinen. Bei den Seeleuten hinderten persönliche Gründe, bei den Hafenarbeitern prinzipielle Gegensätze die Vereinigung. Der Bericht des Internationalen Sekretariats wurde eingehender, oft recht lebhafter Kritik unterzogen. Der Vertreter der französischen Hafenarbeiter erklärte, der Bericht des Sekretärs atme den Geist der Engherzigkeit und des unverdienten Misstrauens gegen andere Methoden, und der Vertreter der französischen Transportarbeiter sprach von tendenziöser Berichterstattung, während der Vertreter der französischen Eisenbahner sich dagegen wandte, dass der vom Zentralrat herausgegebene Wochenbericht dazu benutzt werde, Kritik an allen nichtdeutschen Organisationen zu üben. Auch von einem englischen Delegierten wurde der Zentralrat heftig angegriffen, während andere Vertreter von Grossbritannien der Tätigkeit des Sekretärs und des Zentralrates in jeder Hinsicht Anerkennung zollten. In der Hauptsache waren es die Vertreter des

Syndikalismus, die mit der Tätigkeit des Zentralrates unzufrieden waren und die deshalb auch eine Verlegung des Sitzes der I. T. F. durchzusetzen beabsichtigten. Den Deutschen fehle die Initiative zu grossen Kämpfen, so behauptete allen Ernstes ein italienischer Delegierter. Es sei nicht zu begreifen, dass der Zentralrat seinen Sitz in einem Lande haben soll, wo den Arbeitern die allerselbstverständlichsten Rechte fehlen. Von einer blossen Vermittlungsstelle müsse der Zentralrat ein Organ der internationalen Aktion werden. Aus den Reden der italienischen Delegierten war zu erkennen, dass sie aus falscher Vorstellung über die deutschen Verhältnisse zu ebenso falschen Schlussfolgerungen gekommen waren. Darauf hat denn auch der Berichtersteller des Zentralrates hingewiesen, indem er den italienischen und französischen Delegierten ein eingehenderes Studium der deutschen Arbeiterbewegung nahelegte, um für die Zukunft solche Missverständnisse, wie sie sich hier zeigten, auszuschalten. Dass der Zentralrat grosse Taten ausführe, sei schon deshalb nicht möglich, weil zurzeit eine seiner Hauptaufgaben darin bestehe, die widerstrebenden Richtungen und Organisationen in der I. T. F. zusammenzuhalten und die Gegensätze auszugleichen.

Zwei Resolutionen der französischen Delegation, die sich gegen den Krieg wenden und für die internationalen Transportarbeiter das Recht fordern, Aktionen gegen den Krieg einzuleiten, werden durch Erklärung des Vorsitzenden als erledigt erklärt.

Der Kongress beschloss sodann auf Vorschlag des Zentralrates, ein Komitee einzusetzen, das in Verbindung mit dem Zentralrat alle auf die Reorganisation der I. T. F. bezüglichen Anträge, darunter auch betreffend Sitzverlegung, Beitragserhöhung, internationale Kontrollkarte für Seeleute, beraten und dem nächsten internationalen Transportarbeiterkongress bestimmte Vorschläge unterbreiten soll. Der Zentralrat ist der Ansicht, dass den Vertretern der angeschlossenen Nationen eine grössere Anteilnahme an der Tätigkeit des Zentralrates gewährt werden müsse. Neben der geschäftsführenden Körperschaft soll das Komitee als Beirat in bestimmten Zeiträumen zusammentreten, um Stellung zu allen wichtigen Aktionen der I. T. F. zu nehmen. Das Komitee setzt sich zusammen aus sieben Mitgliedern, je eins für England und Amerika, für Belgien und Holland, für Skandinavien und Finnland, für Deutschland, für Oesterreich und die Schweiz, für Italien und Frankreich. Ein Antrag der holländischen Syndikalisten, ihnen eine besondere Vertretung in dem Komitee zuzubilligen, wurde abgelehnt.

Einstimmig angenommen wurde ohne Diskussion eine von der englischen Transportarbeiter-Föderation eingebrachte Resolution, die den Zentralrat beauftragte, bezüglich der Zahl der in der Handelsflotte beschäftigten Asiaten und die sich daraus ergebenden Folgen eine eingehende Untersuchung anzustellen und auf internationaler Grundlage Vorschläge zur Lösung dieses Problems zu machen.

Von einem Schreiben des Präsidenten der amerikanischen Seemannsorganisation, in dem eine energische Agitation zur Verbesserung der Rettungsmassregeln auf den Schiffen angeregt wird, nimmt der Kongress Kenntnis.

Den Bestrebungen der französischen Eisenbahner bezüglich Verstaatlichung der Eisenbahnen, Verkürzung der Arbeitszeit für das Personal und bezüglich der Einführung automatischer Wagenkuppelung spricht der Kongress seine Sympathie aus und verspricht, sie in jeder Weise zu unterstützen.

Betreffend die rechtliche Stellung der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsbetrieben beschloss der Kongress folgende Resolution:

«Der 8. Internationale Transportarbeiter-Kongress in London hält die Kopenhagener-Resolution vollstän-

dig aufrecht und unterstreicht sie. Er erklärt ausdrücklich, dass das Koalitionsrecht der Eisenbahner usw. am besten gewahrt wird, wenn die in Betracht kommenden Organisationen sich vollständig ihrer Pflicht bewusst sind gegenüber der Gesamtheit der Bevölkerung und ihren Klassengenossen und Arbeitskollegen gegenüber. Der Kongress verurteilt im Interesse des Koalitionsrechtes jede unüberlegte und nicht genügend vorbereitete Inszenierung von Streiks und Bewegungen, die gewöhnlich mit einer Niederlage endigen und die Organisation im Lande und den übrigen Ländern schwer schädigen. Ferner verurteilt der Kongress die Haltung des Verbandes des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals in der Frage des Koalitionsrechtes und des Anschlusses an andere Fachorganisationen (Gewerkschaftskartelle) als eine Schädigung der Interessen der eigenen Mitglieder und der Berufskollegen in anderen Ländern. Ebenso verwirft der Kongress die Bestrebungen nach einem eigenen Staatsarbeiterrecht unter Verzicht auf das Koalitionsrecht als eine Schädigung der Interessen der Staatsarbeiter.»

Zur Frage betreffend obligatorische Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten nahm der Kongress keine entscheidende Stellung ein. Während der Referent Paul Müller unter Zustimmung der Mehrheit des Kongresses die Notwendigkeit obligatorischer Schiedsgerichte mit Zwangsverfahren und Exekutivgewalt nicht anerkannte, sprach sich Ben Tillet-England, der übrigens als Referent bestimmt war, aber zunächst aufs Wort verzichtete, für die obligatorischen Schiedsgerichte aus und beantragte eine Resolution, wonach alle Fragen, die sich auf Tarifverträge, das Schlichtungsverfahren und obligatorische Schiedsgerichte beziehen, den einzelnen Ländern zur Beschlussfassung überlassen bleiben soll. Obgleich festgestellt war, dass die überwiegende Mehrheit des Kongresses die Schiedsgerichte verwerfe, nahm auf Vorschlag des Zentralrates der Kongress doch davon Abstand, über die Resolution abzustimmen. Die I. T. F. habe kein Interesse daran, irgendeine Landesorganisation zu majorisieren. Weitere Studien in der Frage werden in Aussicht genommen. Der bisherige internationale Sekretär und die Mitglieder des Zentralrates wurden wiedergewählt. Der nächste Kongress soll in Zürich stattfinden.

Zur Beratung einer neuen Geschäftsordnung war eine Kommission eingesetzt worden, die ihre Arbeiten während des Kongresses erledigte. Ihre Vorschläge wurden vom Kongress angenommen. Ob die Verhandlungen des nächsten Kongresses unter der neuen Geschäftsordnung sich flotter und ergiebiger gestalten, wird abzuwarten sein. Was die letzten internationalen Transportarbeiterkongresse hinderte, positive Arbeit zu leisten, scheint uns weniger in einer mangelhaften Geschäftsordnung oder, in den Sprachunterschieden als vielmehr in der verschiedenartigen Auffassung von den Bestrebungen und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung begründet zu sein. Und wenn der Zentralrat seine Taktik darauf einrichtet, diese Gegensätze zu überbrücken und auf die Schaffung einheitlicher und geschlossener Organisationen in jedem Lande hinzuwirken, so kann darin nur beste Förderung der internationalen Transportarbeiterbewegung erblickt werden.

Frankreich. — Bauarbeiter.

Am 5. Oktober fand in Paris eine Konferenz des Bauarbeiterverbandes statt. An derselben nahmen sowohl das engere als auch das erweiterte Komitee sowie die Vertreter der einzelnen Provinzen von Frankreich teil.

Es lag die Demission von den ersten zwei Sekretären vor. Diese war erfolgt auf Grund der syndikalistischen Angriffe speziell des Pariser Komitees. In der Versammlung wurde nun allerdings festgestellt, dass über die ein-

zelnen Arbeiten der Sekretäre sowohl als auch über deren Taktik nicht einzig der engere Vorstand, sondern der Landesausschuss zu entscheiden habe. Trotzdem gelang es nicht, die zwei Demissionen aufzuheben und sie mussten schliesslich genehmigt werden. Aus der Diskussion war ersichtlich, dass auch die französischen Kollegen langsam zur Erkenntnis kommen, dass es besser sei, die in der Praxis erfahrenen Beamten zu behalten, als beständig zu wechseln und die Funktionäre abzudanken, wenn sie einmal die Praxis kennen. Tatsächlich ist auch der Bauarbeiterverband in den letzten Jahren stark zurückgegangen und ist von einer Mitgliederzahl von 86,000 im Jahre 1910 auf 44,000 gesunken. Die grösste Schuld an diesem Rückgang brachte der beständige Wechsel der Beamten mit sich, nebenbei allerdings auch die mitunter so unüberlegte Streikerei in gewissen Gebieten. Ein erfreuliches Zeichen ist die Zunahme der Mitgliederzahl auf dem Lande. Allerdings haben sich auch die Unternehmer in den letzten Jahren gewaltig verstärkt.

An der Konferenz wurde die Anregung gemacht, es möchten die bestehenden internationalen Bauarbeitersekretariate miteinander verschmolzen werden und es solle damit ein permanentes internationales Bauarbeitersekretariat gegründet werden, eine Frage, die noch in den einzelnen Berufsbranchen zu diskutieren ist.

Als eine grosse Wohltat wurde der «*Sous du Soldat*» empfunden. Es erhalten nämlich die Mitglieder, welche Militärdienst machen müssen, pro Vierteljahr eine Unterstützung von 5 Franken. Bedenkt man, dass der Staatsold nur 5 Cts. pro Tag ist, so begreift man, dass obige Summe immerhin eine kleine Linderung für die Mitglieder bedeutet.

Der nächste Kongress soll an Ostern 1914 in Paris stattfinden.

Als ein Bleigewicht wurde die Agitation unter den italienischen Arbeitern am Mittelmeer als auch den spanischen in den Pyrenäen empfunden, aber auch in den Provinzen Dôle und Vosges sind noch eine schöne Anzahl nicht organisierter Bauarbeiter. Alle diese hindern als Lohndrücker sehr stark die Förderung der Organisation. Die grösste Schwierigkeit zur Organisation dieser Arbeiter liegt im Mangel an italienisch und spanisch sprechenden Referenten. Allerdings wurde konstatiert, dass ein Teil dieser italienischen wie spanischen Emigranten im Heimatland organisiert sind, hier aber der Vereinigung aus dem Wege gehen. Obwohl der Bauarbeiterverband schon grosse finanzielle Opfer für die Organisation der Spanier in den Pyrenäen und der Italiener an der Küste von Marseille-Nizza gewagt hat, ist bis heute jeder Erfolg ausgeblieben. Es wurde beschlossen, nochmals einen Versuch zu machen und für einige Wochen mit der Sprache vertraute Kollegen zur Agitation in diese Gebiete anzustellen; auch soll die Mithilfe der «*Edilizia*» Italiens beigezogen werden.

Einen äusserst interessanten Punkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung der einzelnen Provinzvertreter und die daran anknüpfende Diskussion. Wo nötig, wurde den betreffenden Organisationsleitern Ordre gegeben, wie sie in Zukunft ihre Tätigkeit zu entfalten haben.

England. Endlich ist es dem Internationalen Sekretariat gelungen, auch hier festen Fuss zu fassen und die Verbände der Steinbrucharbeiter, der Schieferarbeiter sowie der Steinmaurer zum Anschluss an das Internationale Sekretariat zu bewegen.

Ueber diese Verbände selbst dienen folgende Aufzeichnungen: Beschäftigt sind in England etwa 80,000 Steinarbeiter, davon organisiert in Verbänden 9500, in verschiedenen autonomen Vereinen weitere 4000 Mann. Die Verbände haben ihre Beamten und sind finanziell äusserst gut gestellt. So verfügt der Schieferarbeiterver-

band über ein Vermögen von 80,000 Franken; doch klagt dieser Verband stark über die Konkurrenz von Frankreich, welche hemmend für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Wege stehe. Die Löhne sind hier niedriger als in vielen andern Ländern und variieren zwischen 5½ bis 7 Fr. pro Tag im Akkord. Eigentliche Arbeitsverträge existieren ganz wenige. Die Akkordlöhne sind willkürlich von den Unternehmern festgesetzt. Zurzeit beabsichtigen die drei angeführten Verbände, sich zu einem Verband zu vereinigen und ist die beste Hoffnung vorhanden, dass dies in Bälde geschehe.

Deutschland. In den Rheinlanden ist ein grosser Teil italienischer Steinhauer, teils auf Pflastersteine, teils auf Bausteine, beschäftigt. Es mögen nahezu 2000 sein, jedoch sind von all diesen höchstens 200 organisiert. Es ist dies äusserst bedauerlich. Die Kollegen kommen alle von den Provinzen Venezia und Belluno und beabsichtigen wir, einmal alle diese Emigranten im nächsten Winter zu bearbeiten. Es wird in Akkord gearbeitet, doch ohne Tarif; die Preise werden mit Gruppenchefs abgemacht und sind nicht die günstigsten. Die Bundesratsverordnung Deutschlands wird hier in erschreckender Art und Weise umgangen und es ist sehr zu bedauern, dass die Kollegen selbst derselben nicht mehr Nachdruck verschaffen.

Es ist geradezu unglaublich und erschreckend, hier zu sehen, wie sich eine so grosse Zahl italienischer Steinhauer der Organisation fernhält und doch sind alles Emigranten, die ihre Familien in Italien haben. Sollte nicht bald eine Besserung eintreten, so wären wir gezwungen, dieses Gebaren in ihren Heimatorten einmal festzunageln.



Schweizerischer Grütliurnverband.

Resolution.

1. Der eminente Wert des Turnens für die Arbeiterschaft in körperlicher und geistiger Beziehung wird von derselben in durchaus ungenügendem Masse anerkannt. Der Grütliurnverband erachtet es daher als nächstliegende Pflicht seiner turnerischen Aufgabe, durch vermehrte Propaganda und Agitation die Arbeiterschaft für das Turnen zu interessieren.

2. Die turnerische Heimstätte für den klassenbewussten Arbeiter ist der Grütliurnverein, der Arbeiterturnverein.

3. Die Tatsache, dass die turnenden Arbeiter in ihrer Grosszahl bürgerlichen Turnvereinen angehören, wird aufs schärfste missbilligt, und die Betreffenden aufgefordert, auch in dieser Hinsicht ihren proletarischen Grundsätzen nachzuleben und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

An Partei und Gewerkschaft ergeht das dringende Verlangen, auf ihre hier in Betracht kommenden Mitglieder derart moralisch einzuwirken, dass dieselben aus den bürgerlichen Turnvereinen austreten und sich den Sektionen des Grütliurnverbandes anschliessen.

An Eltern und Vormünder, die auf unserem Boden stehen, ergeht der Wunsch, dass sie ihre Söhne und Pflegebefohlenen unseren Vereinen zuführen.

4. Die Tatsache, dass die Partei- und Gewerkschaftspresse im grossen und ganzen bis dato unserer Bewegung ziemlich wenig Aufmerksamkeit schenkte, gibt Veranlassung, an diese das Verlangen zu richten, unseren Bestrebungen mehr als bisanhin Beachtung zu widmen, und dieselben durch zweckentsprechende Artikel zu unterstützen und zu fördern.

5. Diese Resolution geht an die Partei- und Gewerkschaftspresse, an die Zentralleitungen des Schweiz. Grütliurnvereins, der Schweiz. sozialdemokratischen Partei und des Schweiz. Gewerkschaftsbundes sowie an deren Tagungen.

Verschiedenes.

Italienische Emigranten.

Seit dem Jahre 1909 ist die italienische Emigration wieder stark im Zunehmen begriffen, doch war diese Zunahme jedenfalls nie so umfangreich wie gerade vom Jahre 1911 auf 1912. Bedenkt man, dass pro 1911 nur 533,844 Emigranten waren, während 1912 711,446, so er sieht man sofort die rapide Steigerung. In den europäischen Staaten ist eine Steigerung von 30,405 gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen, für Amerika ist diese verhältnismässig noch höher. Aus den Statistiken ist zu ersehen, dass für die europäischen Länder speziell die Provinzen Venedig, Lombardei, Piemont, Toscana und Emilia in Betracht kommen, während die übrigen sich grösstenteils den überseeischen Ländern zuwenden. 81,5 % waren männlichen Geschlechtes, wovon 7,7 % unter 15 Jahren. Nach Berufen geordnet ergibt sich folgendes Bild:

194,211 waren in landwirtschaftlichen Berufen tätig;
189,364 Tagelöhner und Erdarbeiter;
86,267 Maurer und Steinarbeiter;
76,437 in andern Industrien beschäftigt;
17,571 in Dienstverhältnissen.

Wenn wir nun einige Provinzen herausgreifen, um die Stärke der Emigration zur allgemeinen Bevölkerung festzustellen, so erhalten wir folgendes Resultat:

Auf je 100,000 Einwohner entfallen Emigranten aus der Provinz Calabrien 3356; Abruzzen 3245; Basilica 3125; Venedig 3205; Toscana 2955; Sizilien 2517; Umbria 2045; Campania 2025; Piemont 1904; Lombardei 1564. Im ganzen Königreich durchschnittlich 2044.

Und nun dürfte uns noch interessieren, in welche Länder all diese Emigranten sich begeben. Darüber gibt folgende Tabelle Auskunft:

Nach dem russischen Europa	1,372
Schweden, Norwegen, Dänemark	205
England, Irland	3,563
Belgien, Niederlande	3,570
Frankreich	74,089
Schweiz	89,258
Deutschland	75,507
Oesterreich	34,157
Ungarn	7,853
Spanien, Portugal	709
Balkanstaaten	3,671
Afrika	15,725
Asien	423
Amerika	399,713

Aus diesen Zahlen ersehen wir, dass die italienische Emigration eine nicht unbedeutende Sache für uns ist und es ist deshalb nur allzusehr berechtigt, sich mit derselben, und auch der Bildung der Emigranten zu befassen. Denn nur die mangelnde Bildung der italienischen Arbeiter begründet heute noch deren Konkurrenz mit den Arbeitsbrüdern anderer Länder. *Kolb.*

Wie im Kanton Waadt das Gesetz über die Arbeitszeit an Samstagen gehandhabt wird.

In Clarens besteht eine Glätterei, welche etwa 50 Arbeiterinnen beschäftigt und selbstverständlich unter dem Fabrikgesetz steht. Der 5 Uhr-Arbeitsschluss an Samstagen wird aber durch den Umstand illusorisch gemacht, dass Herr Staatsrat Oyex-Romay, der warme Freund der Grossbauern, alle sechs Monate regelmässig die Bewilligung für drei Stunden Ueberzeit an Samstagen erteilt, so dass die effektive Arbeitszeit der armen Glätterinnen auch an Samstagen bis 12 Stunden beträgt.